

RESOLUTION Winterklausur 2024

Stand 10.01.2024

Den Automobilstandort Bayern stärken

Die Automobilwirtschaft mit Herstellern, Zulieferern und Kraftfahrzeuggewerbe ist eine bayerische Schlüsselindustrie. Sie ist Garant für Wohlstand und Arbeitsplätze im Freistaat. Die 200.000 Beschäftigten der Automobilindustrie erwirtschaften mehr als ein Drittel der Verkaufserlöse der bayerischen Industrie. Mit ihren Steuerzahlungen tragen die Unternehmen zur Handlungsfähigkeit von Staat und Kommunen bei.

Während andere zum Abgesang auf das Auto anstimmen, bekennt sich die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion klar zum Automobilstandort Bayern. Einen Kulturkampf gegen das Auto lehnt die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion entschieden ab. Es müssen individuelle Mobilität und öffentlicher Nahverkehr gleichermaßen unterstützt werden. Dass die IAA Mobility als größte und wichtigste Mobilitätsveranstaltung der Welt in München ein neues Zuhause gefunden hat, ist ein wichtiges Zeichen. Auch die Ansiedlung des BMW-Montagewerks für Hochvoltbatterien in Irlbach-Straßkirchen ist ein Erfolg für das Autoland Bayern.

Bei der Dekarbonisierung des Verkehrs setzt die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion auf Innovation und Technologieoffenheit. Je nach Einsatzzweck sind Batterietechnologie, wasserstoffbasierte Antriebe oder klimafreundlich betriebene Verbrennungsmotoren die beste Wahl. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion lehnt folglich das europaweite Verbot von diesel- und benzinbetriebenen Verbrennungsmotoren ab dem Jahr 2035 entschieden ab. Auch vor dem Hintergrund der Situation in der Landeshauptstadt München spricht sich die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion entschlossen gegen Diesel-Fahrverbote aus.

Bayerns Automobilindustrie produziert technische Meisterwerke. Mit der Hightech Agenda schiebt die Bayerische Staatsregierung die Spitzenforschung in automobilen Zukunftsfeldern wie der Künstlichen Intelligenz massiv an. Im Rahmen des europäischen Batterietechnik-Förderrahmens (IPCEI) werden Projekte bayerischer Unternehmen mit insgesamt 280 Millionen Euro gefördert. Mit dem Bayerischen Zentrum für Batterietechnik der Universität Bayreuth und der TUMint Energy Research GmbH in Garching wurden Leuchttürme der Batterieforschung errichtet. Die Erforschung von klimafreundlichen, synthetischen Kraftstoffen ist eine tragende Säule der bayerischen Bioökonomiestrategie. Mit der Halbleiter-Initiative stärkt Bayern seine Technologiekompetenz im Bereich Mikrochips und verringert Abhängigkeiten von ausländischen Lieferanten. Bayern ist Technologieland, unterstützt den Wissenstransfer aus der außeruniversitären Forschung sowie der Forschung an den Hochschulen in die unternehmerische Praxis und bietet der Automobilwirtschaft ein hervorragendes Umfeld für Forschung und Innovation. Zusätzlich leistet der Freistaat erhebliche finanzielle Unterstützung für die Transformation der Unternehmen. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion unterstützt diesen bayerischen Weg.

Das moderne Auto ist längst eine fahrende Datenplattform. Statt eines Ölwechsels benötigt es Software-Updates. Diese Entwicklung birgt immense Chancen für die moderne Autoindustrie, die wir entschlossen nutzen wollen, damit die deutschen Hersteller auch weiterhin an der weltweiten Spitze mitfahren. Insbesondere neue Technologien wie Künstliche Intelligenz werden die Autofahrt schon sehr bald sicherer und bequemer machen. So verfügt jedes moderne Auto mittlerweile über Fahrerassistenzsysteme, die Verkehrsschilder entziffern, beim Einparken helfen oder einen Blick in den toten Winkel ermöglichen. Und das ist erst der Anfang: Im autonomen Fahrzeug des zukünftigen Standardlevels 4 wird der Fahrer künftig zum Passagier, das Auto zur intelligenten Umgebung, die der Passagier per Sprachintelligenz wie ChatGPT steuern kann. Wir wollen dafür sorgen, dass der Freistaat an der globalen Spitze vorangeht und sich Bayerns Wirtschaft schon heute die Spitzenplätze von morgen sichern kann.

Die überfallartige Streichung der Umweltprämie für E-Autos durch das Bundeswirtschaftsministerium hat im Dezember 2023 Käuferinnen und Käufer sowie die Automobilwirtschaft kalt erwischt. Daher fordert die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion verlässliche Rahmenbedingungen für sämtliche Förderprogramme des Bundes statt des aktuellen Ampel-Zickzackkurses.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion unterstützt die kraftvollen Schritte der Bayernkoalition zum Aufbau einer zukunftsfähigen Lade- und Tankinfrastruktur. Bayerische Förderprogramme für Wasserstofftankstellen und E-Ladesäulen zeigen großen Erfolg: So gibt es bayernweit bereits über 21.000 Ladepunkte für Elektrofahrzeuge. Bayern ist damit bundesweit spitze. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bekennt sich zum Ziel, bis 2030 100.000 möglichst barrierefrei zugängliche Ladepunkte in ganz Bayern zu schaffen. Der Bund ist aufgefordert, seine Unterstützung für den Ladeinfrastrukturausbau deutlich aufzustocken, um die ambitionierte Zielsetzung von bundesweit einer Million Ladepunkten bis 2030 zu erreichen.

Nicht nur die Automobilbranche leidet unter der Erosion der Standortbedingungen in Deutschland. Energie ist zu teuer, Fachkräfte sind knapp und die geopolitische Lage angespannt. Vor diesem Hintergrund kritisiert die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion die Streichung der für 2024 fest zugesagten Zuschüsse zu den Stromnetzentgelten durch den Bund. Die Stromkosten für bayerische Unternehmen sind dadurch sprunghaft gestiegen. Darunter leidet die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten exportorientierten bayerischen Wirtschaft. Darüber hinaus belastet überbordende Bürokratie die Wirtschaft. Betroffen sind alle Unternehmen – vom familiengeführten Handwerksbetrieb bis hin zum Weltkonzern. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion drängt auf Entlastungen und bekennt sich klar zur Bürokratieabbauagenda der Bayernkoalition.

Für einen klimafreundlichen Güterverkehr bietet Wasserstoff großes Potenzial. Um dieses auszuschöpfen, muss der Bund die maximal zulässige Länge von Lkw um 90 cm erhöhen. Nur so können Wasserstofftanks hinter der Lkw-Fahrerkabine angebracht und

die volle Länge des Laderaums genutzt werden. Außerdem ruft die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion den Bund dazu auf, die zum 1. Dezember 2023 erfolgte massive Erhöhung der Lkw-Maut rückgängig zu machen. Spediteure müssen die gestiegenen Kosten an ihre Kunden weiterreichen. Das facht die Inflation neu an. Zudem wird der Straßengüterverkehr durch die CO₂-Komponente der Lkw-Maut und den CO₂-Aufschlag auf den Dieselpreis doppelt belastet. Anstatt des aktuellen Flickenteppichs unterschiedlicher CO₂-Preise ist ein einheitlicher, EU-weiter und sektorenübergreifender Mechanismus als marktbasierendes Instrument und als Gegenmodell zu dirigistischen Eingriffen – wie etwa dem Heizungsgesetz des Bundes – anzustreben. Um die auch mit der Lkw-Maut angestrebte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene voranzubringen, muss der Bund zudem dringend die Schieneninfrastruktur modernisieren.